



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 836 890

P/XIV/246 - 29. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Abrüstung - kein Feld für Propagandaschlachten Zum einstimmigen Beschluß der Vereinten Nationen	55
2	Chruschtschow nach Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	42
3 - 5	Polen heute Revisionsbedürftige Klischeevorstellungen Von Dieter Bielenstein	119
6	Politischer Wirklichkeitssinn Unser Volk ist realistischer als die Regierung	29
7	Gibt es eine "christliche Politik"? Warnende Stimme	50

* * *
* *

Abrüstung - kein Feld für Propagandaschlachten

sp - Die Vereinten Nationen hatten am Mittwoch dieser Woche einen selten guten Tag. Einstimmig, das heisst mit der Zustimmung aller 82 Mitglieder dieses Weltparlaments wurde beschlossen, alle der UNO vorliegenden Abrüstungsvorschläge dem Zehnmächte-Abrüstungsausschuss zu überweisen, der Anfang nächsten Jahres in Genf zusammentritt. Dieser Ausschuss soll - das ist die Bitte und die Forderung der Vereinten Nationen - in der "kürzestmöglichen Zeit" den Entwurf eines west-östlichen Abrüstungsabkommens ausarbeiten.

Mit diesem Beschluss der Vereinten Nationen dürften die Bemühungen, auf dem Gebiete der Abrüstung sichtbare Erfolge zu erreichen, mit Ernst und Eifer vorangetrieben werden. Die Zeit, da sich West und Ost in dieser Frage Propagandaschlachten lieferten, geht wohl dem Ende entgegen. Eisenhower hat den Vorschlag Chruschtschows vor der UNO zur totalen Abrüstung aller Waffengattungen innerhalb von vier Jahren sehr ernst genommen. Gewiss wird sich dieses Ziel nicht in der von der Sowjetunion gewünschten Frist erreichen lassen, das scheint auch Moskau klar zu sein. Aber immerhin ist nun ein Rahmen für den Anfang gesetzt worden. Beide Seiten stehen unter dem Druck, die Bürde der Rüstungslasten zu vermindern. Zwar sind die Vereinigten Staaten unermesslich reich und stehen heute an der Spitze der Industrienationen, doch die Ausgaben für Rüstung haben auch für die USA eine Grenze erreicht, die ohne Gefahr schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen mit inflationären Begleiterscheinungen nicht mehr überschritten werden kann. Auch die Sowjetunion will sie den Lebensstandard ihrer Völker heben und den Siebenjahresplan erfüllen, muss gewaltige Abstriche am Rüstungs-etat vornehmen.

Ökonomische Tatbestände und die Furcht vor den Folgen eines ungehemmten Wettrüstens zwingen Moskau und Washington, als die verantwortlichen Führungskräfte dieser Welt, zum Handeln. Werden sie hier nicht von den kleineren Mächten gestört und gehemmt werden? Der Notwendigkeit eines umfassenden und kontrollierten Abrüstungsabkommens verschliesst sich wohl heute kein westlicher Politiker, zumindest nicht nach aussen hin. Das Bekenntnis zu ihr gehört beinahe zum täglichen Sprüchlein des Bundeskanzlers. Wer von dieser Notwendigkeit überzeugt ist, sollte, so müsste man meinen, doch auch einsehen, dass er in seinem Wirkungsbereich alles unterlässt was geeignet ist, den Tendenzen nach einer Entspannung in der Weltpolitik entgegenzuwirken. Die Abrüstung im Weltmassstabe ist ja nicht ein Ding an sich, sie ist verwickelt mit vielen politischen Problemen, und sie ist auch nicht eine Angelegenheit, die nur zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auszuhandeln ist, kann man über die Abrüstung verhandeln, ohne etwa dabei die Deutschlandfrage aufs Tapet zu bringen? Das meinte wohl Eisenhower auf seiner letzten Pressekonferenz, als er mit spürbarem Unmut, ohne Bundeskanzler Adenauer und de Gaulle direkt zu nennen, darauf hinwies, dass bei einem Gipfeltreffen die Deutschlandfrage nicht auszuklammern sei. Man wird in Mitteleuropa als dem gefährlichsten Spannungsherd mit überzeugenden Abrüstungsmassnahmen als erste Stufe für dann folgende umfassendere Abkommen beginnen müssen. Das greift hart in die Politik der derzeitigen Bundesregierung hinein, die von Plänen militärischer Verdünnungszonen ja nichts wissen will und darauf wartet, dass auch noch andere ihr im Deutschlandvertrag auferlegten Rüstungsbeschränkungen fallen, wie die des Verbotes der Produktion von Fernlenkkraketen.

Dieser krasse Widerspruch zwischen verbalen Bekundungen und einer Politik, die auch im Militärischen neue und erschwerende Tatsachen schafft kennzeichnet die ganze Ziellosigkeit und innere Unaufrichtigkeit der Bundesregierung in der Abrüstungsfrage. + + + - 2 -

Chruschtschow nach Paris

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der angekündigte Besuch Chruschtschows in Paris hat für Frankreichs Gleichgewicht außen- und innenpolitisch große Bedeutung. Außenpolitisch wird die alte Linie des russisch-französischen Paktes fortgesetzt, jetzt im Zeichen der ausdrücklichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch General de Gaulle und seinen Premierminister Debré.

Auch mit der Zweiteilung Deutschlands kann sich Frankreich "abfinden", wenn auch nach außen hin das Gegenteil behauptet wird. Denn zugleich legt man in Paris auch Wert auf ständige Verbesserung der Beziehungen mit Bonn, darum die Einladung Adenauers nach Paris, einen Tag nach der Einladung Chruschtschows.

Die Fünfte Republik will, zum Unterschied von der Vierten, soweit als möglich selbständige Politik treiben und sich nicht mehr jeden Schritt von Washington und London vorschreiben lassen. Nachdem Eisenhower und Macmillan mit dem sowjetischen Regierungschef Sonderkonferenzen abhielten, will de Gaulle nicht zurückstehen, um so mehr, als er dadurch die eigentliche Gipfelkonferenz wieder hinausschieben kann. Frankreich und die Sowjetunion haben nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika Berührungspunkte, seit es zwischen der Sowjetunion und den arabischen Ländern zu ernststen Spannungen gekommen ist. Moskau hat sich schon vorher, zum Unterschied von Peking, der FIK gegenüber zurückgehalten und der Pariser Sowjetbotschafter Winogradow hat mehr als einmal betont, der Krenl ziehe in Nordafrika die französische Anwesenheit der amerikanischen vor.

Innenpolitisch ist die neue französisch-russische Annäherung nicht zu unterschätzen, denn die besonders moskauhörige Kommunistische Partei Frankreichs ist seit den Gemeindevahlen dieses Jahres wieder die relativ stärkste Partei des Landes mit rund 25 Prozent der Wählerstimmen. Der kommunistische Einfluß in der Arbeiterschaft ist wieder gewachsen. Das gaullistische Regime rechnet mit der KPF, die in ihrer Legalität nicht eingeschränkt wurde. Man kann von einer gegenseitigen "Schonung" sprechen: die gaullistische Machtergreifung wurde von der KP im Auftrage Moskaus "toleriert", in der Hoffnung, de Gaulle werde den Atlantikpakt sprengen.

Eine Festigung der französisch-sowjetischen Beziehungen müßte diese Tendenz verstärken. Man vergesse nicht, daß de Gaulle schon einmal mit Moskau einen engen Pakt abschloß und die Kommunisten zum erstenmal in die Regierung nahm, von 1942 bis 1946, zur Zeit Stalins. Die Minister der KPF waren damals besonders "patriotisch", verlangten die Annektion des Saar- und des Ruhrgebietes durch Frankreich und unterstützten Lohnstreiks der französischen Arbeiter. Wird die KPF mit Beendigung des Kalten Krieges wieder regierungsfähig? Das würde für Frankreich völlig neue Perspektiven eröffnen.

Polen heute

Von Dieter Bielenstein

6 000 junge Polen bei einem Warschauer Jazzkonzert! Ein Beweis politischen Oppositionswillens? Wohl ebensowenig wie das neue Krakauer Theaterprogramm, das im ersten Monat der Saison neben polnischen Autoren Tennessee Williams mit "Endstation Sehnsucht", Carl Zuckmayer mit dem "Hauptmann von Köpenick", Max Frisch, Artur Müller, Jean Giraudoux und Hermann Wouk mit "Die Caine war ihr Schicksal" bringt. Das sind aber Zeichen einer vielfältigen und lebendigen kulturellen Entwicklung in Polen, die ihre internationalen Verknüpfungen im Osten genau so gut wie im Westen Europas sucht.

In den Filmtheatern sieht man auch in den Kleinstädten die Spitzenfilme aus Frankreich, England, Italien, Skandinavien und den USA. Die jungen Leute, in Niethosen oder Pettycoats, stellen hier genau so das Publikum der Wildwester, die auch in den Jugendclubs gezeigt werden. Sowjetische Filme, DEFA-Produktionen? Sie laufen natürlich auch - überall. Aber sie sind sicherlich nicht mehr gefragt als polnische oder "westliche" Filme. Die Polen selbst drehen inzwischen rund 20 Streifen im Jahr, meist guter Durchschnitt und immer zwei oder drei Spitzenfilme, die man auch bei uns zeigen sollte. "Pociąg" - die lyrische Geschichte einer D-Zug-Reise -, erhielt den Großen Preis der Festspiele in Cannes, ebenso ein einfallreicher Kulturfilm. Das ist mehr als ein Erfolg, es ist ein nationales Ereignis. Morgens bereits stehen lange Schlangen vor den Kinokassen, wo dieser Film gezeigt wird. - Während Marek Hlasko ins Exil ging, drehte man einen Film nach einer Novelle von ihm. Zwar strich man seinen Namen aus dem Vorspann, aber der Film wird gezeigt. Es ist "Die Basis der toten Leute", die harte Geschichte polnischer Holzfäller in den winterlichen Karpaten, ohne jeden "amtlichen Optimismus", vielmehr eine erschütternde und packende schauspielerische Höchstleistung.

Vielfältiges geistiges Leben

In der Warschauer "Zachęta", einem zentral gelegenen Museum, wurde vor wenigen Wochen eine Ausstellung polnischer abstrakter Maler eröffnet. In kurzer Zeit kamen Tausende von Besuchern. In Zoppot fand eine Ausstellung moderner Malerei und Keramik den ganzen Sommer über ihr Publikum. In Danzig und Zoppot bildeten sich private Künstlerclubs, deren Diskussionen um moderne Kunst, deren Feste und Lebensstil genau so gut nach Paris wie nach Schwabing passen würden. Doch sind sie nicht Ausnahmen, sie sind auch nicht Außenseiter oder "Opposition", sie sind ein Teil des polnischen

Alltags, des sicherlich "sozialistischen" Alltags. Die moderne Kunst hat ihre Auswirkungen auf die Architektur, auf die Gebrauchsgraphik, auf die hervorragenden Plakate, auf die Gestaltung der Schaufenster, von denen manche in dieser Hinsicht mit den Auslagen der Düsseldorfer "Kö" konkurrieren könnten.

In diesen Wochen öffnen die 76 Hochschulen wieder ihre Tore. 170 000 Studenten, vom härtigen Existenzialisten bis zum asketischen kommunistischen Funktionär, strömen zu den Vorlesungen. Polen ist das einzige Land im Ostblock, das einen autonomen Studentenverband hat. Es ist wohl auch das einzige Land, in dem die theoretische Weiterentwicklung des Marxismus so lebendig und offen diskutiert wird und in dem "humanistische Sozialisten" und katholische Richtungsgruppen diese Diskussion legal ergänzen und befruchten können. In den meisten Universitätsstädten leben zu Semesterbeginn auch wieder die politischen Studentenkabarets auf. Einige wurden zwar inzwischen verboten. Doch das Ziel der beißenden Ironie und des Spotts sind nach wie vor nicht nur der Westen sondern auch die Fehler der eigenen Regierung und "der Partei".

Besinnung auf die polnische Tradition

Voller Stolz zeigt man dem Besucher die unter ungeheuren Kosten naturgetreu wiederhergestellten historischen Stadtteile von Warschau und Posen. Wenn man es nicht wüßte, ahnte man nicht, daß diese mittelalterlichen Gassen und Marktplätze im Kriege bis auf den Grund zerstört wurden. Ein sichtbares Zeichen der überall spürbaren Besinnung auf die nationale polnische Tradition, sehr selbstbewußt und selbstverständlich. Diese nationale Selbstentfaltung nach den Unterdrückungen der Kriegszeit und der Isolierung während der Stalin-Ära bedeutet auch eine traditionelle Verflechtung im geistigen und kulturellen Leben mit Westeuropa und den USA. Das Parteiorgan "Trybuna Ludu" berichtete kürzlich voller Stolz, daß vier amerikanische Wissenschaftler als ordentliche Mitglieder in die polnische Akademie der Wissenschaften berufen wurden und daß die USA polnischen Wissenschaftlern akademische Preise und Ehrungen verliehen.

Dutzende von Künstlern und Wissenschaftlern reisten auch in diesem Sommer wieder nach Paris, nach London und Rom. "In einigen Pariser Cafés kam ich mir vor wie in einem Warschauer Vorort -, ich traf mehr Polen als Franzosen, und eine Reihe meiner Freunde war unter ihnen", erzählt uns ein junger Soziologe in Warschau. Polen ist das einzige Ostblockland, das eine systematische soziologische Forschung betreibt. "Industrie-Soziologie" ist das neue Schlagwort wissenschaftlicher Zeitschriften, die auch im westlichen Ausland Anerkennung finden.

Schwarzer Peter - Bundesrepublik

Doch die Bundesrepublik ist noch der "Schwarze Peter", auch für den Kulturaustausch mit dem Westen. Die Kriegserinnerungen sind unvergessen und lasten schwer auf der politischen Einstellung zu uns. Erschüttert hören wir in Krakau, daß der deutsche "Generalgouverneur" Frank die Professoren der Krakauer Universität zu einer "Besprechung über die wissenschaftliche Weiterarbeit" bitten ließ und sie stattdessen ins Konzentrationslager Auschwitz schickte. Wenige überlebten nur. Das ist nur eines von vielen Beispielen für die systematische Dezimierung der polnischen Intelligenz während der deutschen Besetzung. So sind gerade unter der Intelligenz Vorbehalte und Mißtrauen uns gegenüber sehr lebendig.

Doch auch die jetzige Bundesrepublik wird sehr skeptisch beobachtet. SS-Verbände, rechtsradikale Zeitungen, unbedachte Äußerungen des Vertriebenen-Ministers Oberländer sind das Ziel der Kritik. "Beziehungen zum polnischen Volk zu fordern, ohne unsere Regierung anzuerkennen, ist nicht nur unreal. Ihr verkennt auch unser Staats- und Nationalbewußtsein", sagen uns gerade immer wieder diejenigen, die Gomulka kritisieren. Selbst ein "BZ", wie die ehemaligen polnischen Großgrundbesitzer scherzhaft genannt werden, schüttelt den Kopf und wird heftig, wenn wir auf die These zu sprechen kommen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Warschau "die Widerstandskraft des polnischen Volkes schwächen würde". "Gomulka ist zwar nicht mein Mann, aber das ist unsere Sache", bekomme ich zur Antwort.

"... ist eine historische Groteske"

Auf der anderen Seite wartet man in Warschau, in Krakau und Posen darauf, engere Verbindungen auch zur Bundesrepublik anknüpfen zu können. Die Hochschulen wollen junge Wissenschaftler zu uns schicken, auch dem Nachwuchs in der Industrie fehlt es an internationaler Erfahrung. Man ist neugierig darauf, was bei uns in der Architektur, im Theater, beim Film oder bei der Ingenieurausbildung vorgeht. "Wir sollten endlich - 20 Jahre nach Ausbruch des Krieges - miteinander sprechen. Doch daß die Bundesrepublik die von uns ausgestreckte Hand nicht ergreift, ist eine historische Groteske" sagt uns ein Parlamentarier im polnischen Sejm. Kulturaustausch? Gewiß - doch Wisserteilung, Devisenumtausch und praktische Vereinbarungen stoßen auf immer neue Schwierigkeiten. "Ohne diplomatische Beziehungen werden wir auch hier nicht weiterkommen", das ist nicht nur die Meinung der Regierung, sondern auch der Wissenschaftler, Journalisten, Künstler und Studenten, die in die Bundesrepublik wollen.

Der polnische Alltag paßt nicht in unsere Klischeevorstellung eines Ostblockstaats. Vielleicht ist dies ein Erkenntnis für uns unbequem, weil die Dinge nun für uns komplizierter werden. Doch Polen wird früher oder später der Nachbarstaat eines wiedervereinigten Deutschland sein. Es kann nicht länger ein weißer Fleck auf der Landkarte unseres politischen Bewußtseins bleiben.

Politischer Wirklichkeitssinn

sp- Das ist ein gutes Zeugnis politischen Wirklichkeitssinns: Mehr als die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung befürwortet, einer Repräsentativbefragung zufolge, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen. Der Anteil der westdeutschen Bürger, die im Gegensatz zur Bundesregierung diplomatische Kontakte zwischen Bonn und Warschau befürworten, beträgt 58%.

Wer ein wenig von der Mentalität der großen ostpolitischen Zauderer im Bonner Regierungsviertel weiss, wird freilich trotz dieses ermutigenden Ergebnisses einer Meinungsumfrage Zweifel haben, ob die Bundesregierung den Willen der Bevölkerung Rechnung trägt und den mutigen Schritt nach vorn setzt. Zum mindesten aber wird sie künftig den mageren Begründungen für ihre ostpolitische Passivität nicht mehr den Hinweis anfügen dürfen, sie wisse sich in ihrer Haltung in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Tatsächlich erweist es sich, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Ostblockstaaten sehr viel unbefangener und realistischer gegenübersteht als die Regierung, und das ist eine Tatsache, die - abseits aller Erwägungen über die Haltung des Kabinetts - für die Einschätzung der Bundesrepublik durch die polnische Regierung und das polnische Volk einiges Gewicht hat. Niemand kann nunmehr guten Gewissens die Mär von der Revanchelüsterheit der Westdeutschen verbreiten, und ebensowenig wird man in der Zukunft der Bevölkerung der Bundesrepublik unterstellen dürfen, sie habe ihren Sinn für ein gutes und redliches Verhältnis zu ihren östlichen Nachbarn verloren. Dieser Sinn ist durchaus lebendig und drängt nach Realisierung; er würde gewiss schon seine ersten Früchte getragen haben, wären da nicht die unguten und zutiefst unvernünftigen Zauderer in der Koblenzer Strasse in Bonn, die auf den morschen Krücken einer widersinnigen Doktrin den Wettlauf gegen die Zeit bestreiten.

+ + +

Gibt es eine "christliche Politik"?

In der Schweiz fehlt es nicht an Bestrebungen, eine überkonfessionelle Partei nach dem Muster der CDU zu gründen, die mit dem Anspruch auftreten könnte - wie die CDU - den christlichen Primat in der Politik zu vertreten. Gegen diese Pläne hat sich eindeutig das Mitteilungsblatt des Schweizerischen Protestantischen Volksbundes "Kirche und Volk" gewandt. Wir zitieren die entscheidenden Stellen.

"Für die Mitarbeit der Christen in der Politik ist bedeutsam, dass die evangelische Kirche keine allgemein gültige Lehre vom rechten Staat aufstellen kann. Es ist falsch, eine bestimmte Staatsform als die christliche zu bezeichnen und eine bestimmte politische Konzeption als die christliche zu proklamieren. Man hüte sich daher, das Adjektivum Christlich allzu bedenkenlos einer bestimmten Partei zuzusprechen. Die Geschichte vermag uns nach dieser Richtung allerhand deutliche Fingerzeige zu geben. Vielleicht sind gerade jene politischen Systeme, die sich als besonders christlich vorkamen, warnende Beispiele. Wenn man zum Beispiel die Taufe, die katholische oder reformierte, oder die Anerkennung des Glaubensbekenntnisses oder den lückenlosen sonntäglichen Kirchengang als staatsobligatorisch erklärte, wie heute den Militärdienst und den Primarschulbesuch, wenn sich der Irrglaube vor der Polizei verbergen musste und Ketzer mit dem Feuer tod bestraft wurden, so hat man allen Grund, bei einer solchen Politik die Bezeichnung christlich in Frage zu stellen. Solche Tatsachen sollte man sich vor Augen halten, wenn heute allzu unbekümmert die Forderung nach christlicher Politik erhoben wird.

Durch die Beifügung des Wortleins christlich zu einem bestimmten Parteiprogramm ist noch keineswegs die Gewähr gegeben, dass nun eine Transformation vom Profanen zum Heiligen stattfindet. Auch dann, wenn eine Kirche oder ein kirchliches Kollegium den politischen Kurs bestimmt, ist noch keine Garantie gegeben, dass nun wirklich im Sinne des Evangeliums Politik gemacht wird. Es gibt auch Kirchenpolitik, die der Profanpolitik verzweifelt ähnlich ist. Wenn Kirchenpolitik Inhalt der Staatspolitik ist, ist das ebenso falsch, wie wenn Staatspolitik sich zur Kirchenpolitik missbrauchen lässt. Der Zustand, dass Staatsmänner predigen und Kirchenmänner regieren, hat sich recht wenig bewährt.

Sicher darf der Christ dem staatlichen Geschehen gegenüber keineswegs indifferent sein. Obgleich Jesus sagt, dass wir in erster Linie und vor allem nach dem Reiche Gottes trachten sollen, so hat doch der Christ eine Mitverantwortung für die Politik seines Landes. Er wird ständig auch bei den politischen Entscheidungen nach dem Willen Gottes fragen und dementsprechend seine konkreten Entscheidungen treffen müssen. Die oberste Maxime seines politischen Handelns kann zum Beispiel bei Gesetzesvorlagen nicht lauten, ob er, sein Berufsverband oder seine politische Partei davon einen wesentlichen Nutzen haben, sondern ob er sein Ja oder Nein vor Gott verantworten kann. Willkürherrschaft, Tyrannei, Diktatur, Kollektivismus wird er ablehnen. Die persönliche Verantwortung, das Unterscheiden, Wählen, Wollen und Sicheinsetzen kann ihm nicht durch die Parteiparole einer christlichen Partei abgenommen werden."

-----+-----+-----+-----
Verantwortlich: Günter Markschkeffel